

Vor einem Kurswechsel im Winterthurer Stadtrat Seite 14

Stadtzürcher SVP als Opfer des nationalen Erfolgs Seite 15

Kantonsrat stützt Investitionen in Atomkraftwerk Beznau Seite 16

Bei David Zinman im Dirigierkurs in der Zürcher Tonhalle Seite 17

Gemeinderat und Stadtrat passen schlecht zusammen

Nach den Wahlen in Zürich unterscheiden sich die Positionen von Exekutive und Legislative in wichtigen Fragen

Das Politisieren im Zürcher Gemeinderat dürfte in den nächsten vier Jahren nicht einfacher werden. Zum einen wird es weiterhin zu wechselnden Mehrheiten kommen. Zum andern gibt es in wichtigen Fragen zum Teil grosse Differenzen zum Stadtrat.

Adi Kälin

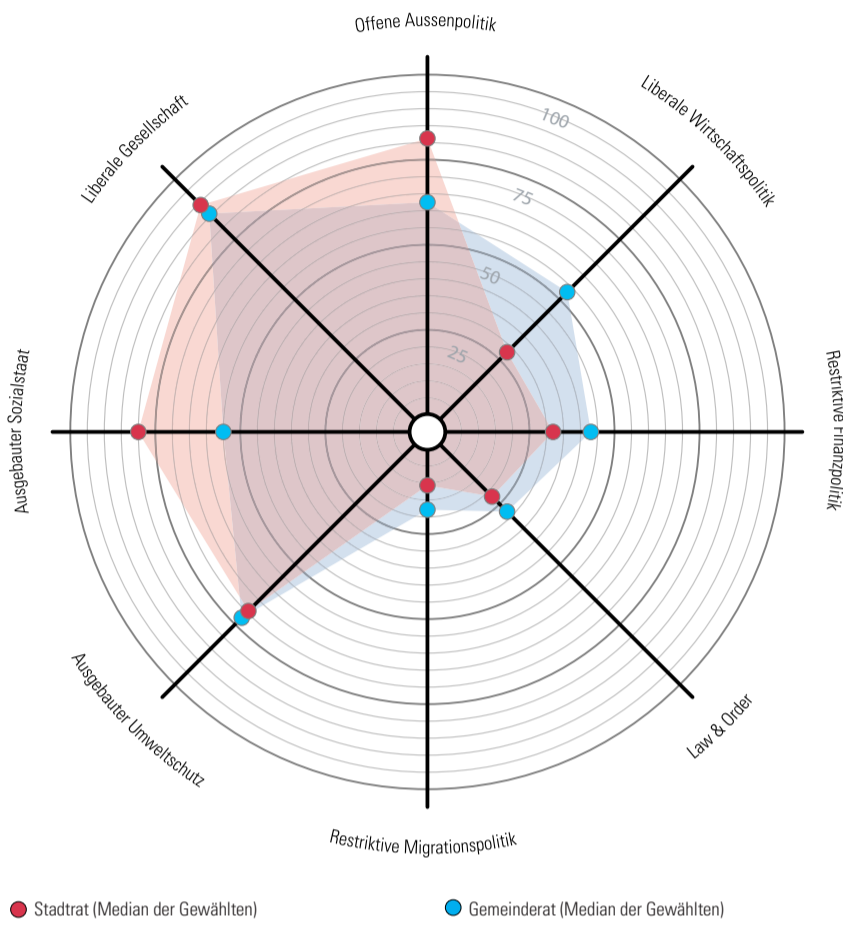
Die Parlamentswahlen vom letzten Wochenende haben vor allem zu Verschiebungen innerhalb der beiden Lager geführt. Die bürgerliche Seite wird wie bisher 49 Sitze besetzen, während die Rot-Grünen sich von 58 auf 60 Sitze leicht steigern konnten. Um eine Mehrheit im 125-köpfigen Rat zu erreichen, sind beide Lager also auf Mithilfe angewiesen – entweder von den Grünliberalen oder der EVP. Je nach Thema können sich also linke oder bürgerliche Mehrheiten ergeben. Das macht die städtische Politik nicht unbedingt berechenbarer.

Gemeinderat ist liberaler

Hinzu kommt, dass die Haltungen von Parlament und Exekutive zum Teil deutlich voneinander abweichen. Dies zeigen die beiden Spider-Darstellungen, die aufgrund der Smartvote-Interviews der gewählten Gemeinde- und Stadträte gezeichnet wurden. Sie stellen den Median der jeweiligen Ratsmitglieder dar, also einen mittleren Wert. Auf den ersten Blick wird klar, dass der Gemeinderat in Wirtschaftsfragen deutlich liberaler denkt als der Stadtrat, dafür vorsichtiger sein möchte beim Ausbau des Sozialstaats. Dass er auch eher dem Sparen zugeneigt ist, erklärt sich damit von selbst. Ob sich diese Kräfte aber letztlich im Gemeinderat durchsetzen können, ist natürlich eine offene Frage.

Wenn man die Haltungen von Stadtrat und Gemeinderat in fünf ausgewählten Sachfragen vergleicht, stellt man zunächst ähnliche Positionen fest zum grundsätzlichen Ziel einer Bau- und Zonenordnung, aber auch zur Schaffung von Zonen, in denen das gemeinnützige Wohnen gefördert werden soll. Sehr unterschiedlich sind dagegen die

Die Positionen von Stadtrat und Gemeinderat nach den Wahlen in Zürich



● Stadtrat (Median der Gewählten) ● Gemeinderat (Median der Gewählten)
QUELLE: WWW.SMARTVOTE.CH / WWW.SOTOMO.CH

Haltungen zu einem strikten Personalstopp oder zum Masterplan Velo.

Bei vielen dieser Fragen steckt allerdings der Teufel auch im Detail: So bedeutet etwa die 100-prozentige Zustimmung des Stadtrats zum Masterplan Velo nicht, dass die bürgerlichen Mitglieder nicht Vorbehalte anbringen würden. So ist etwa der neu gewählte FDP-Mann Filippo Leutenegger «eher» für den Masterplan, wendet sich jedoch in einem Kommentar sehr klar gegen die zusätzliche, millionenteure Kampagne.

Auch die deutliche Ablehnung der GLP mag überraschen, hat sie sich doch im Rat eindeutig hinter den Plan gestellt. Allerdings haben auch die Grünliberalen klar Stellung bezogen gegen die Velo-Propaganda. Das könnte durchaus bedeuten, dass die rot-grüne Seite die Mehrheit für Anliegen,

die ihr wichtig sind, verliert, wenn sie das Geldausgeben in dieser Art übertreibt. In der Regel allerdings schlagen sich die Grünliberalen bei Verkehrsvorlagen auf die Seite von Links-Grün.

GLP schwer einzubinden

Sehr interessant sind auch die Haltungen der einzelnen Parteien zu möglichen Zonen für gemeinnütziges Wohnen, wie es ja der vom Kantonsrat gutgeheissene Gegenvorschlag zu einer SP-Initiative verlangt. Die Grünliberalen stellen sich hinter die Idee, während die CVP- und noch deutlicher die EVP-Vertreter sie ablehnen. Das ist erstaunlich, denn bei der zentralen wohnpolitischen Vorlage der letzten Jahre, dem entsprechenden Grundsatzartikel in der Gemeindeordnung, verliefen die Fron-

Smartvote-Frage:

Sollen in der Stadt Zürich spezielle Zonen für den gemeinnützigen Wohnungsbau geschaffen werden?

Position Stadtrat		Position Gemeinderat	
67%		55%	
AL	100%	SP	95%
EVP	100%	CVP	67%
Grüne	93%	FDP	100%
GLP	77%	SVP	100%

Befürworten Sie den «Masterplan Velo», der bis 2025 den Veloverkehr in der Stadt verdoppeln und das Velonetz stark ausbauen will?

Position Stadtrat		Position Gemeinderat	
100%		51%	
AL	100%	SP	95%
EVP	100%	CVP	83%
Grüne	100%	FDP	100%
GLP	77%	SVP	100%

Befürworten Sie einen verbindlichen Personalstopp in der Stadtverwaltung?

Position Stadtrat		Position Gemeinderat	
89%		58%	
AL	100%	SP	95%
EVP	67%	CVP	83%
Grüne	86%	FDP	75%
GLP	62%	SVP	100%

Sollte die neue Bau- und Zonenordnung (BZO) das Bauen in die Höhe (innere Verdichtung) stärker fördern?

Position Stadtrat		Position Gemeinderat	
78%		78%	
AL	75%	SP	79%
EVP	67%	CVP	100%
Grüne	93%	FDP	100%
GLP	100%	SVP	62%

Soll sich die Stadt Zürich stärker – auch finanziell – für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer einsetzen?

Position Stadtrat		Position Gemeinderat	
56%		78%	
AL	100%	SP	100%
EVP	100%	CVP	83%
Grüne	100%	FDP	60%
GLP	100%	SVP	90%

Legende:

Zustimmung («Ja»- und «eher Ja»-Antworten):

75–100% 50–74%
Ablehnung («Nein»- und «eher Nein»-Antworten):
75–100% 50–74%

Ausgewertet wurden die Antworten der gewählten Gemeinde- und Stadträte auf den Smartvote-Fragebogen. Ein FDP-Gemeinderat (Christian Huser) und ein SVP-Gemeinderat (Ruggero Tomezzoli) haben den Smartvote-Fragebogen nicht beantwortet und sind folglich nicht in die Auswertung einbezogen worden.

NZZ-INFOGRAFIK / cke

fragen gab sich das Parlament in den letzten vier Jahren deutlich dogmatischer als die Exekutive. So sprach sich der Stadtrat etwa bei der Abstimmung über die Städte-Initiative für den moderateren Gegenvorschlag aus, während der Gemeinderat an der radikaleren Initiative festhielt. Seinen Pragmatismus bewies der Stadtrat letztes Jahr überdies bei der Präsentation einer neuen Verkehrsplanung für die Rosengartenstrasse zusammen mit dem Kanton. Er stellte sich deutlich hinter die Tunnellösung, die bei SP und Grünen überhaupt nicht gut ankam. Die Momentaufnahmen von Smartvote zeigen eben nur die persönlichen Positionen der Befragten. Wie pragmatisch diese mit einer konkreten Aufgabe umgehen und wie kompromissbereit sie sind, lässt sich daraus natürlich nicht ablesen.

Nach den Wahlen kommt die Arbeit

Wann treten die neugewählten Stadträte ihr Amt an? Und welche Departemente übernehmen sie?

Die Stadt Zürich hat gewählt, aber es bleiben Fragen: Wann die neuen Stadträte ihr Amt antreten, ist offen. Und welches Departement sie übernehmen, wird sich erst in den nächsten Wochen entscheiden.

rib. · Eines ist klar: Der neugewählte Zürcher Gemeinderat nimmt seine Arbeit am 7. Mai auf. Dann beginnt die neue Legislatur, die bis im April 2018 dauert. Nicht ganz so klar ist es mit dem Stadtrat. Wann die zwei Neuen, Filippo Leutenegger (fdp.) und Raphael Golta (sp.), ihr Amt antreten, ist laut der Stadtkanzlei zurzeit noch offen. Auch für die konstituierende Sitzung ist noch kein Termin bekannt. Und anscheinend will man sich auch nicht drängen lassen. «In den nächsten Wochen», lässt Stadtpräsidentin Corine Mauch verlauten, werde ein Termin vereinbart.

Zeit bis im September

Noch ist also unklar, wie lange die beiden zurücktretenden Stadtratsmitglieder, die Grüne Ruth Genner und der

Sozialdemokrat Martin Waser, im Amt bleiben. Üblicherweise nehmen die Neuen die Arbeit Anfang Mai auf. Sie können sich allerdings auch länger Zeit lassen. Als spätesten Termin für den Amtsantritt sieht das Gesetz den 1. September vor. Die Bisherigen müssen jedenfalls, auch das schreibt das Gesetz vor, so lange im Amt bleiben, bis die Neuen es antreten. Wie Filippo Leutenegger der Nachrichtenagentur SDA sagte, geht er davon aus, das Amt mit Beginn der neuen Legislatur anzutreten.

Der Eintritt in den Stadtrat bedeutet für Leutenegger den Abschied aus dem Bundeshaus. Denn die 1988 in Kraft gesetzte «Lex Wagner» untersagt den Zürcher Stadträten, gleichzeitig auf eidgenössischer Ebene politisch tätig zu sein. Leutenegger muss also sein Nationalratsmandat abgeben. Für ihn rückt Kantonsrat Hans-Peter Portmann nach. Für den anderen neugewählten Stadtrat, Raphael Golta, ist der Einzug ins Stadthaus an sich nicht mit einem Verzicht verbunden. Er ist zwar Mitglied des Kantonsrats, muss dieses Mandat aber nicht zwingend abgeben. Denn ein Stadtrat darf zwar nicht gleichzeitig im Nationalrat sein. Mit einem Kantonsratsmandat ist seine Tätigkeit aber laut

Gemeindeordnung vereinbar – es dürfen allerdings nicht mehr als zwei Mitglieder der städtischen Exekutive im Kantonsrat sitzen. Golta wäre das einzige Stadtratsmitglied mit einem Kantonsratsmandat, will aber aus dem Kantonsparlament zurücktreten, wie er auf Anfrage sagt.

Wer übernimmt was?

Offen ist auch, wer künftig welches Departement leiten wird. Das wird an der konstituierenden Sitzung entschieden. Und der Stadtrat kann frei darüber entscheiden. Durch die Rücktritte von Ruth Genner und Martin Waser werden das Sozial- und das Tiefbaudepartement frei. Einigt sich der Stadtrat darauf, die beiden Departemente unter den Neuen zu verteilen, würde zumindest eines der Departemente, die für die Sozialdemokraten und die Grünen hohe Bedeutung haben, in bürgerliche Hände fallen. Ob sich die links-grüne Stadtratsmehrheit darauf einigen kann, ist offen.

Das wiederum ist auch davon abhängig, ob Bisherige in ein neues Departement wechseln wollen. Öffentlich hat kein Stadtratsmitglied entsprechende Wünsche geäußert. Andres

Türler (fdp.) fühlt sich bei den Industriellen Betrieben sichtlich wohl. Und das Glanzresultat, das er am Wochenende erzielte, ermuntert ihn sicher nicht zu einem Wechsel. Schulvorstand Gerold Lauber (cvp.) hat sich im letzten Frühling klar gegen einen Wechsel gewehrt, als es darum ging, das nach dem Abgang von Martin Vollenwyder verwaiste Finanzdepartement neu zu besetzen. Ausgeschlossen werden darf ein Wechsel auch beim Grünen Daniel Leupi, der im letzten Mai von seinen Stadtratskollegen ins Finanzdepartement gesetzt wurde und sich dort erst eingearbeitet hat.

Wolff bleibt – wahrscheinlich

Obwohl er wegen unbedachter Äusserungen von bürgerlicher Seite stark in die Kritik geraten ist, scheint auch ein Departementswechsel des linksalternativen Polizeivorstehers Richard Wolff wenig wahrscheinlich. Einerseits gab er selber schon vor den Wahlen zu Protokoll, er wolle bei der Polizei bleiben. Und der Gesamtstadtrat wird ihm kaum versetzen wollen, würde er dann doch sich selbst desavouieren: Schliesslich hatte er im letzten Jahr per Mehrheits-

schluss entschieden, dass Wolff die Polizei übernehmen muss.

bleiben Gesundheitsvorsteherin Claudia Nielsen und Hochbauvorstand André Odermatt (beide sp.). Nielsen hat ihr Amt vor vier Jahren übernommen und findet in Grossprojekten wie dem geplanten neuen Herzzentrum den Draht mit dem Kanton nicht. Es ist durchaus denkbar, dass sie gern das Sozialdepartement übernehmen würde; geäußert hat sie sich dazu bisher allerdings nicht. Bei Odermatt, der im letzten Herbst einen höchst umstrittenen Entwurf für eine neue Bau- und Zonenordnung vorgelegt hat, käme ein Wechsel jetzt sicher zur falschen Zeit. Er wird das Geschäft weiter begleiten müssen, das noch einiges zu reden geben wird und vom Parlament in dieser Form sicher nicht akzeptiert werden wird.

Am wahrscheinlichsten ist aber, dass die Neuen eines der frei werdenden Departemente übernehmen. Dass Golta im Sozial- und Leutenegger im Tiefbaudepartement landen wird, liegt nahe. Vorderhand jedenfalls verlautet nichts. Und im letzten Jahr sorgte der Stadtrat mit der Vergabe des Polizeidepartements für eine Überraschung.

Meinung & Debatte, Seite 21